

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 02.05.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:02 Uhr

Ende: 19:48 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Vertretung für: Frau Sonja Lerche

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Christian Holste - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 19:41 Uhr

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 19:40 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

Gäste

Herr Dietrich Dipl.-Ing. Dehnen - GGSC

Frau Katrin Jänicke - GAVIA

Herr Sebastian Schröder-Dickreuter - Planersocietät

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Herr Dirk Franke - RefL 0650

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Herr Thomas Pust - RefL 0300

Herr Detlef Pottgießer - StL 66.21

Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600

Herr Timo Weichsler - RefL 0660

Frau Claudia Fricke - AbtL 66.1

Herr Reiner Möhle - StL 20.52

Herr Mehmet Esen - StL 0660.20

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Sonja Lerche - SPD

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

entschuldigt

sachkundige Bürger

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

entschuldigt

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD

entschuldigt

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

entschuldigt

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.03.2023 (öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen

3.1	Mobilitätsentwicklungsplan - Bewertungsmethodik	23-20864
3.2	Durchstich Lindenbergallee inkl. Querung Lindenbergallee	23-20486
3.3	Entwicklung der Baukosten	23-21154
3.4	GS Ilmenaustraße Neubau Mensa für den Ganztagsbetrieb	23-21205
4	Anträge	
4.1	Mehr Sicherheit für Braunschweiger Kinder und Jugendliche im ÖPNV durch bauliche Veränderungen an der Straßenbahnhaltestelle Luisenstraße und Schulungsangebote	23-21206
4.1.1	Mehr Sicherheit für Braunschweiger Kinder und Jugendliche im ÖPNV durch bauliche Veränderungen an der Straßenbahnhaltestelle Luisenstraße und Schulungsangebote - Änderungsantrag	23-21206-02
5	Künftige Sitzordnung in Sitzungen des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben	
6	Veränderung der Linienführung der Buslinie 433 in Querum und Einrichtung einer neuen Haltestelle	22-20250
6.1	Veränderung der Linienführung der Buslinie 433 in Querum und Einrichtung einer neuen Haltestelle	22-20250-01
7	Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zwischen der Stadt und der ALBA Braunschweig GmbH	23-21202
8	Angemessenheitsprüfung ALBA Entgelte	23-21222
9	Genehmigungsverfahren zur Änderung des Bahnübergangs Celler Heerstraße in Watenbüttel	23-20741
10	Celler Straße: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings	23-20661
10.1	Celler Straße: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings	23-20661-01
10.1.1	Celler Straße: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings Änderungsantrag zur Vorlage 23-20661	23-20661-03
10.1.2	Celler Straße: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings - Änderungsantrag	23-20661-05
11	Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen	23-20817

12	Genehmigungsverfahren zur Änderung des Bahnübergangs Pepperstieg	23-20866
13	Ausbau des Bültenwegs im Bereich zwischen Bushaltestelle Nordstraße und Bültenweg 46	23-21142
14	Sanierung der Feuerwehr- und Uferstraße	23-21026
15	Planung Haltepunkt Bienrode	22-20205
16	Anfragen	
16.1	Anfrage zur Vorlage 23-20661 - Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings	23-20661-02
16.1.1	Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings	23-20661-04
16.2	Bauliche Gestaltung von Velorouten und neu geplanten Radwegen im Hinblick auf Winterdienst für den Radverkehr	23-21108
16.2.1	Bauliche Gestaltung von Velorouten und neu geplanten Radwegen im Hinblick auf Winterdienst für den Radverkehr	23-21108-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsfrau Lerche durch Ratsherr Volkmann und Herr Mickler durch Herrn Holste vertreten wird. Ratsherr Knurr, die Bürgermitglieder Schroth und Tokhi sowie Herr Demirbas fehlen entschuldigt. Als Gäste der Sitzung begrüßt sie zu TOP 3.1 Herrn Schröder-Dickreuter (Büro Planersocietät) sowie zu TOP 7 und 8 Frau Rechtsanwältin Jänicke (Gaßner, Groth, Siederer & Coll. Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB) und Herrn Dipl.-Ing. Dehnen (GAVIA GmbH & Co. KG), Herrn Erster Stadtrat Geiger (Finanz- und Feuerwehrdezernat) sowie Herrn Pust (Leiter des Referats 0300 Rechtsreferat).

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth regt an, die TOPs 7 und 8 an den Beginn der Tagesordnung vorzuziehen und die Anfrage unter TOP 16.1 aufgrund des thematischen Zusammenhangs mit den Beschlussvorlagen und Änderungsanträgen unter TOP 10 zu beraten.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. **Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zwischen der Stadt und der ALBA Braun-** **23-21202**

schweig GmbH

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Frau Jänicke stellt die Machbarkeitsstudie: Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Winterdienst in Braunschweig anhand einer Präsentation vor.

Herr Dehnen stellt die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung innerhalb des Gesamtvorhabens anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Ratsherr Disterheft verlässt um 15:46 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leuer stellt die Aspekte Vertragslage, Entscheidungsbedarfe, Leistungserbringung, Entgelthöhen nach Angemessenheitsprüfung, Weitergabe Effizienzgewinne im Falle der Nichtkündigung, Entgeltentwicklung, Gebührenausswirkung, Begleitvereinbarungen, Personalwirtschaftliche Betrachtung und das weitere Vorgehen anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Ratsherr Disterheft nimmt ab 15:50 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 15:53 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Wirtz fragt, ob die Aufnahme weiterer Zusatzvereinbarungen in das bestehende Vertragswerk als empfehlenswert eingeschätzt werden und welcher Zusatzvertrag in diesem Zusammenhang kritisch gesehen wird.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 15:56 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Frau Jänicke informiert zunächst über die nicht durch die GGSC erfolgte vergaberechtliche Betrachtung und verweist hierzu auf das im Jahr 2018 vorgelegte umfassende Gutachten. Nach § 132 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) dürfen zusätzliche Leistungen nur in einem geringen Umfang beauftragt werden (sog. 10 Prozent-Grenze). Bei jeder Neu-Beauftragung von Leistungen steigt das zusätzliche Risiko. Mittelfristig sollte die Stadtverwaltung zum Jahr 2030 daher eine Kündigung in Erwägung ziehen, um die Leistungen dann insgesamt mit den jetzt bestehenden Zusatzvereinbarungen auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen.

Herr Dehnen ergänzt als Beispiel für eine signifikante Änderung in den Leistungsstrukturen die Einführung eines neuen Sammelsystems.

Für Bürgermitglied Dr. Wendenburg ist die Nichtkündigung zum jetzigen Zeitpunkt sehr gut begründet. Gleichwohl ist die Neuaufstellung der Abfallwirtschaft in Braunschweig zum 1. Januar 2031 erforderlich. Er verweist hierzu insbesondere auf die von der Europäischen Union im Rahmen des European Green Deal vorbereitete völlige Umstrukturierung der Abfallwirtschaft.

Ratsherr Köster bezeichnet die Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) als Erfolgsgeschichte. Er verweist dazu u.a. auf die Gebührenhöhe und den dafür entgegengebrachten Leistungsumfang, hebt aber auch die Mitarbeiterzufriedenheit und Arbeitsplatzsicherheit hervor. Für die CDU-Fraktion kündigt Ratsherr Köster die Zustimmung zu den Beschlussvorlagen 23-21202 (TOP 7) und 23-21222 (TOP 8) an. Er fragt die Verwaltung abschließend, bis wann den Gremien konkrete Handlungsoptionen vorgelegt werden.

Stadtbaurat Leuer bittet um Berücksichtigung, dass im Zuge der Nichtkündigung die Priorität der Verwaltung zunächst beim Abschluss der Begleitvereinbarung im Laufe des Jahres 2023 liegt. Im Hinblick auf die bevorstehenden gesetzlichen Herausforderungen in der Abfallwirtschaft wird die Verwaltung die Bearbeitung allerdings aufnehmen und binnen Jahresfrist ein Ergebnis vorlegen.

Aus Sicht von Ratsfrau Arning wurde die Zeit zur Vorbereitung auf ein derart komplexes

Thema zu gering bemessen. Auf ihre Nachfragen erläutert Stadtbaurat Leuer, dass die Verwaltung die aktive Erklärung der Nichtkündigung beabsichtigt. Dies soll im Zusammenhang mit dem Abschluss der Begleitvereinbarungen erfolgen. Zur möglichen Veräußerung von Grundstücken informiert er über das der Stadt für den Fall der Beendigung der Leistungsverträge eingeräumte dinglich gesicherte „Zugriffsrecht“ auf diese Grundstücke. Entsprechende Regelungen werden die abzuschließenden Begleitvereinbarung vorsehen.

Ratsherr Dr. Plinke erklärt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Unterstützung der Verwaltungsvorlage. Die Sicherheit der Arbeitsplätze bei der ALBA führt er als einen der ausschlaggebenden Gründe für die Zustimmung an. Er bittet die Verwaltung jedoch auch, sehr frühzeitig Überlegungen anzustellen, wie den künftigen Herausforderungen beim Thema Abfallwirtschaft begegnet werden kann.

Ratsherr Tegethoff bringt zunächst die Wertschätzung für die geleistete Arbeit der ALBA-Beschäftigten zum Ausdruck. Nach seiner Auffassung könnte eine Rekommunalisierung bspw. in Form einer ÖPP GmbH große Vorteile in Bezug auf Flexibilität, Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftlichkeit haben. Er wünscht sich deshalb bereits jetzt die Wahl eines zukunftssträchtigeren Ansatzes und erklärt für die Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI, die Beschlussvorlagen 23-21202 (TOP 7) und 23-21222 (TOP 8) abzulehnen.

Aus Sicht von Ratsherr Kühn sind die aus den Gutachten getroffenen Schlussfolgerungen zutreffend. Als wichtig sieht er den Ausblick in die Zukunft an. Bereits frühzeitig sollte sich deshalb auf die Wahrnehmung der Straßenreinigung/Winterdienst und der Abfallentsorgung ab dem Jahr 2031 vorbereitet werden. Er hofft diesbezüglich auf eine ergebnisoffene Diskussion, die für die Stadt Braunschweig und die Bürgerinnen und Bürger ein optimales Ergebnis bringt.

Zur neuen Biovergärungsanlage erklärt Ratsherr Kühn seine Erwartung, dass diese bis Ende 2025 in Betrieb genommen werden kann. Sofern Hinderungsgründe bekannt werden, sollen diese frühzeitig im Ausschuss benannt werden.

Ratsherr Wirtz kündigt für die AfD-Fraktion die Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage im Rat an. Vor dem Hintergrund notwendig werdender Änderungen der Leistungsverträge erwartet er zu den konkreten Problempositionen im Vertragswerk entsprechende Vorschläge.

Beschluss:

1. „Die Stadt Braunschweig übt das ihr bis zum 31. Dezember 2023 zustehende Recht zur ordentlichen Kündigung der zwischen ihr und der ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) geschlossenen Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) nicht aus.
2. Die schriftliche Mitteilung an ALBA über den Beschluss zur Nichtkündigung der Verträge erfolgt erst, nachdem zwischen der Stadt und ALBA eine rechtsverbindliche Vereinbarung über die in Ziffer 3.6 der Beschlussvorlage beschriebenen Grundstücksfragen geschlossen wurde.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

8. Angemessenheitsprüfung ALBA Entgelte

23-21222

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Abstimmung unterbricht Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Sitzung für eine Pause von 16:26 Uhr bis 16:37 Uhr

Beschluss:

„Die in der Vorlage beschriebenen und als Anlage beigefügten Ergänzungsvereinbarungen zu den Verträgen

- über die Durchführung von Aufgaben der Straßenreinigung und des Winterdienstes („Leistungsvertrag I“) vom 21. Dezember 2000
- über die Durchführung von Aufgaben der Abfallsammlung und Abfallentsorgung („Leistungsvertrag II“) vom 21. Dezember 2000

werden vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zur Vorlage Nr. 23-21202

„Leistungsverträge I (Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zwischen der Stadt und der ALBA Braunschweig GmbH beschlossen.

Die Stadt Braunschweig stimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zur Vorlage Nr. 23-21202 dem Abschluss des Dritten Änderungsvertrages zum Kompostierungsvertrag zwischen der ALBA Braunschweig GmbH und der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH zu."

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.03.2023 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Mitteilungen

3.1. Mobilitätsentwicklungsplan - Bewertungsmethodik

23-20864

Stadtbaurat Leuer führt in die Mitteilung der Verwaltung ein.

Herr Schröder-Dickreuter stellt die Informationen zur Bewertungsmethodik anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Die Präsentation wurde protokollarisch im Ratsinformationssystem Allris eingebunden. Link: <https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1071888>

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 17:41 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff informiert Herr Schröder Dickreuter, dass die in das Verkehrsmodell eingepflegten Szenarien die Annahme unterstellen, dass die im Szenario enthaltenen Maßnahmen innerhalb des Zielhorizonts 2035 umgesetzt sind. Ob und inwiefern dies im Zielszenario realistisch ist, wird sich im Handlungskonzept zeigen. Im Handlungskonzept wird darauf eingegangen, wann welche Maßnahmen in welchen zeitlichen Abhängigkeiten umgesetzt werden können. Werden zeitliche Konflikte festgestellt, wird dies im Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) kenntlich gemacht bzw. Wege zum weiteren Vorgehen aufgezeigt. Die Kosten dienen als Entscheidungsgrundlage für das Zielszenario und werden in der Methodik nicht miteinander verschnitten.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 17:44 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Schröter bestätigt Herr Schröder-Dickreuter die durch die Gutachter (WVI und Planersocietät) vorgenommene Erstbewertung. Bei unterschiedlichen Bewertungen treten beide in einen Dialog, um einen Konsens zu erzielen. Sofern kein Konsens möglich ist, erfolgt ein Dialog mit der Verwaltung bzw. eine transparente Information der Gremien. Wird ein Zielkonflikt festgestellt, wird dieser in die Diskussion mit den Ex-

perten, Politik und Verwaltung genommen.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann verlässt um 17:49 Uhr die Sitzung.

Zu den weiteren Fragen von Bürgermitglied Dr. Schröter erläutert Herr Schröder-Dickreuter, dass die Indikatoren nicht einzeln, sondern im Vergleich der Szenarien untereinander bewertet werden. Die quantitative Auswertung gibt ein Bild von dem Gesamtszenario um zu ermitteln, wie sich die CO₂-Immission verändert, wenn alle Maßnahmen in dem Szenario „Smarte Mobilität“ umgesetzt werden. Für die qualitative Bewertung wird betrachtet, wie viele Maßnahmen in diesem Szenario enthalten sind, die entsprechend bewertet wurden. Dies wird diskursiv zusammengebracht um Rückschlüsse daraus ziehen zu können, welche Maßnahmen ggf. für diese gute Wirkung des Szenarios 1 aus dem Verkehrsmodell verantwortlich sind. Nachgelagert zu dem Workshop im Sommer wird die quantitative Bewertung zur Verfügung gestellt.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann nimmt ab 17:52 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke stellt Herr Schröder-Dickreuter zunächst klar, dass der Lenkungskreis im Verfahren weiter beteiligt wird. Auf die weitere Nachfrage zum Zusammenspiel der Maßnahmen verweist Herr Schröder-Dickreuter auf die Verkehrsmodellierung, in der das Zusammenspiel der unterschiedlichen Maßnahmen getestet wird. Das Zielszenario hat dann den Charakter, aus den drei Schwerpunkten (Stadttraum für Menschen, Starker Umweltverbund, Smarte Mobilität) Maßnahmen zu ziehen und das Zusammenspiel im Zielszenario abzubilden.

Herr Schröder-Dickreuter erläutert auf Nachfrage von Ratsherr Pohler, dass das Thema Klimaneutralität bei der Erstellung der drei Maßnahmen szenarien bereits eine Rolle gespielt hat. Bei der Frage der Erreichung der Klimaneutralität sind bei der Szenarienerstellung die drei Schwerpunkte entwickelt worden. Die Maßnahmen berücksichtigen das Ziel Klimaneutralität zwar ebenfalls, sind in erster Linie aber aus dem Gesamtprozess (Beteiligung, Analyse etc.) entstanden. Inwiefern Einzelmaßnahmen auf die Klimaneutralität wirken, ergibt sich durch die Bewertungsmethodik.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 18:00 Uhr die Sitzung.

Zur Kritik von Ratsherr Möller, der eine methodische Benachteiligung bei der Bewertung der gleichwertig stehenden strategischen Zielfelder erkennt, versichert Herr Schröder-Dickreuter, dass ein Gegeneinander Ausspielen der Ziele nicht beabsichtigt ist. U.a. seitens des Wissenschaftlichen Beirats wurde davon abgeraten, mit einer entsprechenden Punktbewertung zu arbeiten, da die Gleichbehandlung der Ziele bei einer Kosten-Nutzen-Analyse irreführend ist und mit einer Gewichtung gearbeitet werden müsste. Deshalb wurde sich von den Zielfeldern gelöst und die 17 Einzelziele gleichwertig nebeneinandergestellt. Im Ergebnis ist zu betrachten, wie stark die Maßnahme auf diese unterschiedlichen Ziele wirkt.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 18:03 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Zur Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko, wie städtebauliche Potenziale in den Zielen abgebildet werden, verweist Herr Schröder-Dickreuter auf die Themen Flächenversiegelung vermeiden und Stadttraum angemessen und attraktiv gestalten. Darüber hinaus wirken auch verschiedene Handlungsfelder (z. B. Siedlungs- und Flächenentwicklung) darauf ein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn informiert Herr Schröder-Dickreuter über die zurzeit vorgesehene Untersuchung der Szenarienpakete als Ganzes, obgleich theoretisch eine Berücksichtigung von Einzelmaßnahmen im Modell möglich ist. Es wird jedoch nicht nur eine Maßnahme umgesetzt, sondern regelmäßig mehrere begleitende Maßnahmen, um die hervorgerufenen Effekte abzumildern. Je weniger Maßnahmen im Modell berücksichtigt werden, desto weniger aussagekräftig ist das Ergebnis.

Auf Bitten von Ratsfrau Kluth sagt Herr Schröder-Dickreuter eine Übersicht der qualitativen

und quantitativen Indikatoren zu.

Protokollnotiz: Die Übersicht der Zielindikatoren wurde dem Sitzungsdokument in Allris protokollarisch angefügt: <https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1071888>

Ratsfrau Mundlos erinnert an ihre in der Sitzung dieses Ausschusses am 31. Januar 2023 und ihre in der Folge wiederholt vorgetragene Bitte, die der Verwaltung zugegangenen Stellungnahmen zum MEP zur Verfügung zu stellen.

Stadtbaurat Leuer versichert, dass das Anliegen nicht in Vergessenheit geraten ist. Die Zusammenstellung befindet sich in der Endbearbeitung und soll schnellstmöglich fertiggestellt werden. Für Juni 2023 kündigt Stadtbaurat Leuer noch einen Sachstandbericht zum MEP an.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Durchstich Lindenbergallee inkl. Querung Lindenbergallee 23-20486

Stadtrat Herlitschke erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Ratsherr Dr. Plinke bittet die Verwaltung, bei Vorlagen, die den Bau von Rampen beinhalten, auch Informationen zum Höhenprofil beizufügen. Zur Ausführung der geplanten Querungshilfe regt er unter Hinweis auf Lastenfahräder und Kinderanhänger eine großzügigere Ausführung der Kurvenradien an.

Stadtrat Herlitschke legt dar, dass obgleich kein Schnitt den Unterlagen beigelegt ist, die Höhenangaben im Plan sehr detailliert vermerkt sind und an nahezu jeder Stelle die Höhenentwicklung abgelesen werden kann. Hinsichtlich der Anregung zur Querungshilfe weist er auf die nur begrenzt vorhandenen Platzverhältnisse hin, die die Ausführung größerer Radien erschweren. Ob ein Ausschwenkungsbereich baulich realisiert werden kann, wird die Verwaltung prüfen.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Entwicklung der Baukosten 23-21154

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**3.4. GS Ilmenaustraße 23-21205
Neubau Mensa für den Ganztagsbetrieb**

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Mehr Sicherheit für Braunschweiger Kinder und Jugendliche im ÖPNV durch bauliche Veränderungen an der Straßenbahnhaltestelle Luisenstraße und Schulungsangebote 23-21206

4.1.1. Mehr Sicherheit für Braunschweiger Kinder und Jugendliche im ÖPNV durch bauliche Veränderungen an der Straßenbahnhaltestelle Luisenstraße und Schulungsangebote - Änderungsantrag 23-21206-02

Ratsherr Kühn bringt den gemeinsamen Änderungsantrag 23-21206-02 der Fraktionen von

SPD und BIBS, der den Antrag 23-21206 der BIBS-Fraktion ersetzt, ein und begründet diesen.

Ratsfrau Arning stellt klar, dass der im Antrag 23-21206 dargelegte Sachverhalt gleichermaßen für den Änderungsantrag 23-21206-02 gilt.

Ratsherr Dr. Plinke erklärt, dass die Lösung der Problematik für ihn in der Verantwortung der Verwaltung liegt. Für Menschen, die die Haltestelle in Richtung Cyriaksring verlassen wollen, muss dies komfortabel und gefahrlos möglich sein. Aus seiner Sicht muss den Zufußgehenden der von ihnen bevorzugte Weg in irgendeiner Form ermöglicht werden. Dass die Führung mit dem Umweg über die Lichtsignalanlage nicht von allen genutzt wird, ist offensichtlich. Ratsherr Dr. Plinke würde es daher begrüßen, wenn sich die Verwaltung und die Braunschweiger Verkehrs-GmbH auf eine Lösung einigen könnten, die eine Querung an dieser Stelle ermöglichen würde. Der Punkt 2 des Änderungsantrags 23-21206-02 ist aus Sicht von Ratsherr Dr. Plinke gut gemeint. Nach seiner Beobachtung sind es jedoch nicht unbedingt Kinder und Jugendliche, die als Zielgruppe zu schulen sind. Er hofft auf eine Zustimmung zum Änderungsantrag 23-21206-02, damit dieser als Arbeitsauftrag an die Verwaltung geht, sich kreativ zu betätigen.

Ratsherr Tegethoff begrüßt den Änderungsantrag 23-21206-02. Unter Bezugnahme auf Punkt 1 des Änderungsantrags fragt er, inwiefern dieser auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden kann, da das Phänomen der Trampelpfade nicht nur an der Luisenstraße zu beobachten ist. Nach seinem Empfinden könnten Trampelpfade ein Indiz dafür sein, dass die Infrastruktur am eigentlich Bedarf für die Zufußgehenden vorbeigeht. Es sollte daher eine ganzheitliche Betrachtung vorgenommen werden, ob zusätzliche Querungen an verschiedenen Haltestellen berücksichtigt werden könnten. Zu Punkt 2 des Änderungsantrags stellt er die Frage, inwiefern die Eltern konkret mit einbezogen werden können, da diese für ihn keine unwesentliche Rolle einnehmen.

In seinem Redebeitrag verweist Ratsherr Tegethoff auch auf die Stellungnahme 23-20915-01, wonach statistisch kein erhöhtes Risiko besteht. Dies stellt aus einer Sicht einen Schwachpunkt dar, da immer erst gehandelt wird, wenn eine Unfallhäufungsstelle vorliegt. Er fragt daher die Verwaltung, wie dem im Sinne von präventivem Handeln begegnet werden kann.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass noch kein Ergebnis zum Unfallhergang vorliegt. Bauliche Maßnahmen hindern Einzelne daran, den Weg zu nutzen, gleichzeitig kann bei einem Überklettern aber eine deutlich gefährlichere Situation entstehen. Dies gilt es ebenfalls in die Bewertung einzubeziehen. Eine zusätzliche Lichtsignalanlage, die den Trampelpfaden Rechnung trägt, können aus Sicht von Stadtbaurat Leuer in Bezug auf die Verkehrssicherheit zu anderen Nachteilen führen. Da es sich um eine komplexe Angelegenheit handelt, bedarf es einer Abwägung der möglichen Optionen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, bei Beschluss des Änderungsantrags 23-21206-02 eine Prüfung im Sinne des Punktes 1 des Antrags vorzunehmen. Hinsichtlich der Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen zur Teilnahme am Verkehr und der Einbeziehung der Eltern sagt Stadtbaurat Leuer eine Klärung in Abstimmung mit der Schul- und Jugendverwaltung zu.

Ratsfrau Jalyschko verweist auf die Problematik in Braunschweig und anderen Städten, die sich aus der nicht auf den fußläufigen Verkehr und den Bedürfnissen der Fußgängerinnen und Fußgänger, sondern auf die Bedürfnisse anderer ausgerichtete Infrastruktur ergibt. Nicht überall da, wo es notwendig ist, bestehen bspw. sichere Querungsanlagen. Ratsfrau Jalyschko ist dankbar für den Änderungsantrag 23-21206-02, der den Kern des Problems anspricht. Die Straßenbahn ist aus Sicht von Ratsfrau Jalyschko nicht nur in Braunschweig ein ausgesprochen sicheres System. Die deutlich größere Anzahl an Verletzten und Toten sind im Zusammenhang mit dem Kfz-Verkehr zu beklagen.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion die grundsätzliche Bereitschaft, den Änderungsantrag 23-21206-02 zu unterstützen. Da der Unfallhergang allerdings noch unklar ist,

schlägt er vor, zunächst den Unfallbericht abzuwarten und den Antrag zurückzustellen.

Ratsherr Kühn verweist auf die „Ob-Formulierung“ im Antrag, die eine bauliche Maßnahme für den Fall vorsieht, dass durch diese eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann. Ist dies nicht der Fall, greift Punkt 1 des Antrags nicht. Ein Zurückstellen des Antrags lehnt Ratsherr Kühn deshalb ab. Der Punkt 2 des Antrags ist davon unabhängig zu betrachten.

Ratsherr Wirtz verweist unter Bezugnahme auf den Redebeitrag von Ratsfrau Jalyschko auf die entlang der Luisenstraße verlaufenden breiten Geh- und Radwege und die im Abstand von weniger als 100 Metern baulich hergestellten drei Überwege. Obwohl das Zufußgehen hier nicht erschwert wird, kürzen zahlreiche Personen unterschiedlicher Altersgruppen für ihn an dieser Stelle faktisch aus Gewohnheit ab, weshalb dies ebenfalls berücksichtigt werden sollte. Der Antrag als Prüfauftrag schiebt aus seiner Sicht den „schwarzer Peter“ der Verwaltung und der BSVG zu.

Ratsfrau Mundlos bittet, den Beschlusstext unter Punkt 1 des Änderungsantrags 23-21206-02 um den Zusatz „und die Gremien ggf. als Mitteilung außerhalb von Sitzungen informiert“ zu ergänzen, da die Gremien informiert werden sollten, wenn die Verwaltung entsprechende Maßnahmen ergreift. Ob eine Information der Gremien in einer Sitzung erfolgt, soll die Verwaltung im Einzelfall aufgrund der Bedeutung entscheiden.

Ratsherr Kühn erklärt sein Einverständnis zur vorgeschlagenen Ergänzung des Änderungsantrags 23-21206-02. Weiter führt er aus, dass die Haltestellen nach seiner Auffassung grundsätzlich als sicher einzustufen sind. Die Trampelpfade sind jedoch ein Indiz dafür, wo es vermehrt zu Fehlverhalten kommt. Von der Verwaltung soll analysiert und geprüft werden, wie die Notwendigkeit von Trampelpfaden tatsächlich reduziert und kurze Wege sicher oder unmöglich gemacht werden kann. Er verweist hierzu auf aus seiner Sicht gute Beispiele in der Weststadt, wo gleisbegleitend durchgehende Hecken das Gehen am Gleis unterbinden.

Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen des Änderungsantrags 23-21206-02 abstimmen. Nach der Feststellung, dass dieser abgelehnt wird, lässt sie über den mit der von Ratsfrau Mundlos vorgetragenen Ergänzung geänderten Änderungsantrag 23-21206-02 abstimmen.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 3 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Änderungsantrag 23-21206-02 (geändert):

1. Die Verwaltung prüft in Abstimmung mit der BSVG, ob bauliche Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit an der Stadtbahnhaltestelle Luisenstraße weiter zu verbessern. Über die konkreten baulichen Veränderungen wird je nach Umsetzbarkeit und Erfahrung bei ähnlichen Problemlagen entschieden **und die Gremien ggf. durch eine Mitteilung außerhalb von Sitzungen informiert.**
2. Darüber hinaus soll im zuständigen Ausschuss erläutert werden, wie Kinder und Jugendliche bereits heute auf die Teilnahme am Verkehr vorbereitet und geschult werden. In dem Zusammenhang ist - unter Einbindung der Unfallkommission - zu prüfen, wie weitere Verbesserungen erreicht werden können mit dem Ziel, insbesondere Kinder und Jugendliche für eine sichere Nutzung von Bus und Bahn zu schulen.

Abstimmungsergebnis zum geänderten Änderungsantrag 23-21206-02 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Künftige Sitzordnung in Sitzungen des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erinnert an die im Zusammenhang mit den Corona-

Schutzmaßnahmen vorgesehenen Abstandsvorschriften, die noch durch die aktuelle Sitzordnung in diesem Ausschuss abgebildet werden.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 18:18 Uhr die Sitzung.

Sie verweist auf die zwischenzeitlich ausgelaufenen Corona-Schutzmaßnahmen und stellt zur Debatte, ob dieser Ausschuss zur früheren Sitzordnung im sog. „Karree“ zurückkehrt.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn nimmt ab 18:20 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich mehrheitlich für eine Sitzordnung im Karree aus.

6. Veränderung der Linienführung der Buslinie 433 in Querum und Einrichtung einer neuen Haltestelle 22-20250

6.1. Veränderung der Linienführung der Buslinie 433 in Querum und Einrichtung einer neuen Haltestelle 22-20250-01

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth informiert, dass seitens des Stadtbezirksrats 112 Waabe-Schunter-Beberbach keine Abstimmung über die Beschlussvorlage 22-20250 erfolgt ist. Die vom Stadtbezirksrat 112 im Zuge der Anhörung gestellten Fragen wurden von der Verwaltung in der Ergänzungsvorlage 22-20250-01 beantwortet.

Ratsherr Tegethoff bittet die Verwaltung, die Ergänzungsvorlage 22-20250-01 dem Stadtbezirksrat zur Kenntnis zu geben.

Protokollnotiz: Der Stadtbezirksrat wurde durch die Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-21248 informiert.

Ratsherr Dr. Plinke bittet die Verwaltung um Prüfung, ob der alte und der neue Standort der Haltestelle durch einen Fußweg nördlich des Sportplatzes miteinander verbunden werden kann.

Protokollnotiz: Die Verwaltung hat den Hinweis überprüft. Die vorgeschlagene Gehwegverbindung hätte lediglich für die Bewohnerinnen und Bewohner im unmittelbaren Umfeld der Haltestelle (HSt.) Peterskamp einen Nutzen, wenn diese statt der Linie 413 die Linie 433 nehmen. Die vorgeschlagene Gehwegverbindung würde die Wegelänge zwischen dem alten (Peterskamp) und dem neuen Haltestellenstandort (Bohnenkamp/Lägenkamp) von ca. 500 Meter auf ca. 420 Meter verkürzen. Wenn aber diese potenziellen Fahrgäste aus dem Bereich der HSt. Peterskamp zur stadteinwärts folgenden Haltestelle gen Süden gehen (HSt. Am Forst), ist dieser Weg nur ca. 350 Meter lang und somit kürzer als die vorgeschlagene Gehwegverbindung.

Für die vorgeschlagene Wegeverbindung müssten entlang des Sportplatzes auf etwa 200 Metern Länge eine befestigte und beleuchtete Gehwegverbindung mit einem Zaun zum Sportplatz neu gebaut werden. Dafür müsste teilweise ein Grünstreifen mit Bäumen entfallen.

Da diese (zusätzliche) Gehwegverbindung keinen Nutzen für die Fahrgäste hätte, aber erhebliche Kosten verursachen würde, verzichtet die Verwaltung auf die Schaffung eines Gehweges nördlich des Sportplatzes.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-20250-01 abstimmen.

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Abstimmung unterbricht Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Sitzung für eine Pause von 18:24 Uhr bis 18:40 Uhr.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-20250-01:

Die Buslinie 433 erhält eine neue Linienführung. Es wird eine neue Haltestelle nahe der Kreuzung Bohnenkamp/Lägenkamp eingerichtet.

Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 22-20250-01:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Genehmigungsverfahren zur Änderung des Bahnübergangs Celler Heerstraße in Watenbüttel 23-20741

Ratsherr Dr. Plinke kündigt seine Zustimmung zur Beschlussvorlage an. Er bittet um Auskunft, in welcher Ausführung die Querung des Rad-/Fußwegs über den Gleisbereich hergestellt wird.

Ratsherr Pohler bittet um Auskunft, ob es durch die Baumaßnahme für den Bahntransport des Braunschweiger Restabfalls vom Entsorgungszentrum der ALBA Braunschweig GmbH in Watenbüttel zu Verzögerungen oder Sperrungen kommt.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 18:42 Uhr die Sitzung.

In seiner zusammenfassenden Antwort informiert Herr Wiegel über die übliche Ausführung der Gleisquerung mit Vollgummi-Platten. Eine Sperrung der Bahnstrecke ist der Verwaltung nicht angekündigt worden. Für den Straßenverkehr kann es im Einzelfall zu Einschränkungen durch eine einstreifige Verkehrsführung im Baustellenbereich kommen.

Ratsfrau Kluth regt an, den Winkel von Fuß-/Radweg über die Gleise steiler auszuführen. Während in Deutschland keine Richtlinie einen Winkel vorschreibt, wird in den Niederlanden zur Vermeidung von Stürzen ein Winkel von 60 bis 90 Grad empfohlen. Sie regt an, diesen Hinweis zu ergänzen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 18:45 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Beschluss (geändert):

„Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens zur Änderung der Bahnsicherungsanlage Celler Heerstraße (K 1) in Watenbüttel gemäß § 18 AEG die als Entwurf beigefügte Stellungnahme (Anlage) abzugeben. **Der Querungswinkel Radweg/Fußweg über die Gleise wird nach Möglichkeit zwischen 60 und 90 Grad ausgeführt.**“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | |
|--|--------------------|
| 10. Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings | 23-20661 |
| 10.1. Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings | 23-20661-01 |
| 10.1.1. Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings | 23-20661-03 |
| Änderungsantrag zur Vorlage 23-20661 | |
| 10.1.2. Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings - Änderungsantrag | 23-20661-05 |
| 16.1. Anfrage zur Vorlage 23-20661 - Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings | 23-20661-02 |
| 16.1.1. Celler Straße: Verbesserte Quermöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings | 23-20661-04 |

Ratsherr Kühn bringt den Änderungsantrag 23-20661-05 der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der den Änderungsantrag 23-20661-03 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ersetzt, ein und begründet diesen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Pohler, ob in Variante 1 eine Lichtsignalanlage zur Minderung einer Gefahr durch Begegnungsverkehr geeignet wäre, erläutert Herr Pottgießer, dass die von der Lichtsignalanlage signaltechnisch freizuschaltende Strecke etwa 100 bis 120 Meter umfassen müsste. Dies führt zu erheblichen Zwischenzeiten, weshalb diese Option von der Verwaltung nicht erwogen wurde.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 18:51 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 18:53 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Dr. Plinke spricht sich für den Änderungsantrag 23-20661-05 aus und hebt in der hier vorgeschlagenen Variante 2 die positive Wirkung auf den Standort von vier Ahornbäumen im Bereich des nördlichen Parkstreifens hervor. Weiter trägt er die Erwartung vor, dass die Übergänge von dem neuzubauenden Radweg auf den Bestandsradweg möglichst so ausgeführt werden, dass kein Belagswechsel stattfindet, da dieser zu Einschränkungen im Fahrkomfort führt.

Aus Sicht von Ratsherr Möller wird mit dem Änderungsantrag 23-20661-05 wiederholt Politik gegen alle macht, die auf das Auto angewiesen sind und auch gegen den Sachverstand der Verwaltung, die mit der Beschlussvorlage 23-20661 einen aus seiner Sicht ausgewogenen Vorschlag unterbreitet hat. Für die FDP-Fraktion begrüßt er ausdrücklich die vorgesehene Maßnahme, da diese die Situation für Radfahrende und Zufußgehende erheblich verbessert. Die nicht an Kompromissen orientierte „Verkehrspolitik mit der Brechstange“ wird nach seiner Auffassung jedoch zu einem Problem für die Stadt. Als weiteres Beispiel hierfür nennt er den Beschluss dieses Ausschusses zur Vorrangregelung am Ringgleis.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Variante 1 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 23-20661-01 und begründet dies mit dem Wegfall von Parkraum.

Ratsfrau Jalyschko sieht die in Variante 1 vorgesehenen Fahrbahnbreite (3,30 m) als zu schmal für Begegnungsverkehr mit Kraftfahrzeugen und insbesondere Stadtbahnen an. Mit Hinweis auf die künftig über den Petritorwall (Wallring) verlaufende Veloroute sollen sich auf diesem Abschnitt nicht nur geübte und mutige Radfahrende trauen, sondern auch Kinder fahren können. Für sie kommt aus diesem Grunde nur die Variante 2 in Frage. Mit Hinweis auf die nahegelegenen Parkhäuser ist der Wegfall von Parkplätzen in diesem Bereich aus ihrer Sicht akzeptabel.

Am Beispiel der Filiale von Galeria Karstadt Kaufhof verdeutlicht Ratsherr Wirtz unter Bezugnahme auf den in der Mitteilung 23-20864 zum Verkehrsmodell (Quantitative Bewertung) kommunizierten Kfz-Anteil von 46 Prozent, dass Kundinnen und Kunden aus der Umgebung kommen und auf das Kfz angewiesen sind. Zu berücksichtigen ist aus seiner Sicht zudem, dass die Parkhäuser nicht bequem sind und in ihrer Dimensionierung nicht mehr den Abmessungen heutiger Kraftfahrzeuge entsprechen. Nach seiner Auffassung ist die Verkehrspolitik gegen die Erreichbarkeit der Innenstadt gerichtet und führt zu einer Verödung und Lahmlegung der Innenstadt.

Ratsfrau Hahn hebt hervor, dass eine Mindestbreite von 4 m in Fahrradstraßen beschlossen wurde. Bei der ersten umzusetzenden Maßnahme kann deshalb nicht direkt davon abgewichen und die Breite auf 3,30 m reduziert werden. Der Entfall einzelner Parkplätze ist aus ihrer Sicht hinnehmbar.

Ratsfrau Mundlos erklärt für die CDU-Fraktion die Unterstützung zur Förderung des Radverkehrs. Sie trägt aber auch ihre Bedenken zu den Auswirkungen vor, die die Verkehrspolitik auf den Zustand und die Kaufkraft der Innenstadt nimmt und ältere Menschen vergisst, die

auf das Auto angewiesen sind.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrags 23-20661-05 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-20661-05:

1. Der Planung und dem Umbau des Knotenpunktes Celler Straße/Petritorwall/Am Neuen Petritore wird in der Fassung der Anlage 2 zur Vorlage 23-20661 zugestimmt.
2. Die technisch erforderliche Entwässerung wird nach Möglichkeit ohne Wechsel des Oberflächenmaterials der Radwege ausgeführt, und die Steigungsänderungen werden ausgerundet, um den Fahrkomfort für Radfahrende möglichst wenig zu beeinträchtigen.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag 23-20661-05:

dafür: 8 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

Ergebnis zu Anfrage 23-20661-02:

Die Stellungnahme 23-20661-04 wird zur Kenntnis genommen.

11. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen

23-20817

Beschluss:

„Die Widmungen und Teileinziehungen der in der Anlage 1 bezeichneten Straßen sind zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**12. Genehmigungsverfahren zur Änderung des Bahnübergangs
Pepperstieg**

23-20866

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Herr Wiegel, dass ein Pfeifsignal der Züge künftig entfällt. Er gibt aber zu bedenken, dass eine Bahnübergangssicherungsanlage grundsätzlich ein akustisches Signal beinhaltet. Der Übergang wird mit Kunststoffkleinplatten belegt, wie dies aktuell Standardbauweise der Deutschen Bahn AG (DB AG) ist. Zwischen den Pollern verbleibt nach dem vorliegenden Lageplan eine Durchfarbreite von etwa 2 m. Auf eine Umleitungsstrecke wird die Verwaltung im weiteren Verfahren drängen. Zur Frage der Sperrungsdauer wird die Verwaltung eine Information nachreichen.

Protokollnotiz: *Es ist geplant, die Maßnahme unter Beibehaltung des Schienen- und Straßenverkehrs durchzuführen. Bauzeitlich erforderliche Straßensperrungen werden mindestens vier Wochen vor Baubeginn bei der zuständigen Behörde beantragt.*

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff, ob eine komplette Sperrung des Bahnübergangs aufgrund der hohen Frequentierung vertretbar ist, erklärt Herr Wiegel, dass diese nur für die Dauer der Bautätigkeit besteht. Die DB AG ist bemüht, Möglichkeiten zur Querung herzustellen und Sperrzeiten für querende Verkehre möglichst gering zu halten. Die starke Frequentierung der Fuß-/Radverbindung ist der Verwaltung sehr wohl bewusst, weshalb nur kurze Sperrzeiten angestrebt werden.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur Planung des Genehmigungsverfahrens zur technischen Sicherung des Bahnübergangs Pepperstieg gemäß § 18 AEG die als Entwurf beigefügte Stellungnahme (Anlage) abzugeben.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Ausbau des Bültenwegs im Bereich zwischen Bushaltestelle Nordstraße und Bültenweg 46

23-21142

Ratsherr Dr. Plinke dankt der Verwaltung für die vorgestellte Lösung zur Optimierung des Radverkehrs. Auch die Anwohnenden haben sich nach seinem Eindruck in der Bürgerinformationsveranstaltung mit der Planung zufrieden gezeigt. Fragen zu den Aspekten Anlieferung und Kundenparkplätze wurden vorgetragen.

Ratsherr Pohler begrüßt für die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage der Verwaltung, da der Bültenweg eine unzureichende Infrastruktur für den Radverkehr aufweist. Er fragt, ob den Anwohnenden zu bestimmten Zeiten Be- und Entlademöglichkeiten angeboten werden können.

Stadtbaurat Leuer kündigt an, die Situation nach Abschluss der Maßnahme zu bewerten und mögliche Bedarfe hinsichtlich der Frage des Parkens der unterschiedlichen Interessengruppen zu prüfen.

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau des Bültenwegs im Abschnitt zwischen der Bushaltestelle Nordstraße und Hausnummer 46 in der als Anlage beigefügten Fassung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

14. Sanierung der Feuerwehr- und Uferstraße

23-21026

Ratsherr Tegethoff bittet die Verwaltung, bis zu der vorgesehenen Umsetzung im Jahr 2025 bereits vorab Maßnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Gefahrensituationen an den Einmündungsbereichen zur Uferstraße zu beseitigen.

Herr Pottgießer sagt eine Überprüfung verschiedener Möglichkeiten zu, die zu einer Verbesserung der Situation beitragen können.

Ratsfrau Arning bittet, einen einst am Einmündungsbereich der Straßen Zum Ölpersee/Uferstraße aufgestellten Verkehrsspiegel wieder zu errichten, da es in dem betreffenden Bereich nach ihrer Kenntnis häufig zu Fahrradunfällen kommt.

Herr Pottgießer sagt eine Prüfung zu.

Ratsherr Dr. Plinke regt an, die Verwaltung möge die Anwohnerinnen und Anwohner zum Heckenrückschnitt auffordern. Darüber hinaus bittet er, die Pflasterung im Übergang zur Oker-Brücke so herzustellen, dass ein komfortables Überfahren möglich ist.

Herr Pottgießer sagt dies zu.

Ratsfrau Kluth verdeutlicht, dass hier nicht nur Belange von Radfahrenden, sondern Kinderwagen, Kinderroller, Rollstühle und Rollatoren gleichermaßen betroffen sind.

Herr Pottgießer weist darauf hin, dass die beschriebene Maßnahme beitragsrechtlich relevant ist. Die betroffenen Anliegerinnen und Anlieger wurden von der Verwaltung hierüber bereits informiert. Von der Gesamtsumme von 500.000 Euro (2,38 Euro/qm Grundstücksfläche) entfällt ein erheblicher Anteil auf BS|Energy, sodass für die Anliegerinnen und Anlieger ein im Vergleich zu anderen Maßnahmen geringer Betrag verbleibt.

Beschluss:

„Der Planung und dem Umbau der Feuerwehr- und Uferstraße in der als Anlage beigefügten Fassung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. Planung Haltepunkt Bienrode

22-20205

Ratsfrau Kluth bittet für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN um Aufnahme folgender Protokollnotiz:

Protokollnotiz:

„Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung des Haltepunktes Bienrode als Baustein zur Schaffung attraktiver Mobilitätsangebote im Rahmen der Mobilitätswende. Die zeitgleiche Fertigstellung der DB/RVB- und der städtischen Maßnahmen ist für uns zwingend. In den vorgelegten konzeptionellen Vorüberlegungen der Stadt zur grundsätzlichen Umsetzbarkeit sehen wir Optimierungsmöglichkeiten. Wir bitten diese bei den weiteren Planungsschritten zu prüfen und dem AMTA darüber zu berichten. Im Einzelnen:

Kompaktheit und Versiegelung: Die vorgelegte Planung gem. Abb. 2: „Darstellung der modifizierten Konzeptidee“ zeigt den Haltepunkt mit seinen Erschließungsflächen: Bushaltestellen, Fahrrad- und Kfz-Parken sowie die dazugehörigen Fahrspuren und Serviceeinrichtungen. Wir regen an, dass in die Parkpalette im Erdgeschoss, den Gleisen zugewandt, das Fahrrad-parken integriert wird. Damit sind die Abstellanlagen wettergeschützt, gut einsehbar und haben eine kurze Distanz zu Bus- und Bahnsteig. Ebenso könnten hier der Kiosk und das WC untergebracht werden (Synergien auch mit Ver- und Entsorgungsleitungen). Die Parkpalette ist dafür und auch für die prognostizierten Fahrgastzuwächse aufzustocken. Der bisher geplante Flächenverbrauch für Fahrradparken, Kiosk und WC könnte dadurch reduziert und der Entsiegelungsgrad zu Gunsten von Grünflächen, Bäume und Versickerung verringert werden.

Kurze Wege: Die vorgelegte Planung gem. Abb. 2: „Darstellung der modifizierten Konzeptidee“ zeigt u.a. die Anordnung der Busstände je Richtung gegenüberliegend angeordnet. Wir halten eine Anordnung ausschließlich parallel zu den SPNV-Gleisen für die komfortabelste Lösung für den Fußweg zu den Gleisen. Die Verkehrssicherheit wird durch die direkte Anbindung ohne Fahrbahnquerung verbessert. Dazu ist es allerdings erforderlich, dass von dem Bussteig die direkte Zugänglichkeit auf ganzer Bahnsteiglänge zu den Gleisen ermöglicht wird und die in der Machbarkeitsstudie dargestellten Abschränkungen/Geländer entfallen gem. Abb. 1: „Visualisierung der bahnseitigen Planungen zum Bahnsteig“.

E-Ladesäulen: Die Angebote sowohl zum Kfz-Parken als auch zum Fahrradparken sind mit Lademöglichkeiten auszustatten, um ein zeitgemäßes, attraktives Angebot bereitzustellen und einen weiteren Anreiz für die Nutzung des Umweltverbundes zu schaffen.

Versickerungsflächen/Entwässerung: Im Rahmen der Planung ist ein Entwässerungskonzept zu erstellen, dass die größtmögliche örtliche Versickerung des Niederschlagswassers zum Ziel hat. Ggf. kann dadurch die Bewässerung der Grünanlagen oder Fassadenbegrünung sichergestellt werden.

Photovoltaik: Im Rahmen der Planung soll PV als Fassaden- oder Dachanlage einbezogen werden. Eigenverbräuche des Umsteigepunktes können dadurch ggf. gedeckt werden.

Fördermöglichkeiten ausschöpfen: Fördermöglichkeiten beim Regionalverband (RVB) hinsichtlich Umfeldverbesserungen sind zu eruieren und der aktuelle Förderzeitraum bis 2026 ist auf Verlängerbarkeit zu prüfen. Im Rahmen der weiteren Planung ist ein Förderantrag zum Programm ÖPNV-Zugangsstellen und deren Umfeld (95% LPH 1-4 HOAI) beim RVB zu stellen. Sollte der Förderzeitraum verlängert werden können, sollen auch für die Realisierung Fördergelder in Höhe von 75% beantragt werden.“

Stadtbaurat Leuer sagt zu, die Ausführungen der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN als Vorschläge für die weiteren Planungen aufzunehmen.

Beschluss:

1. Der städtischen Umfeldplanung zu einem Verknüpfungspunkt (modifizierte Konzeptidee) im Ortsteil Bienrode zwischen der Forststraße und der Waggumer Straße wird zugestimmt (Grundsatzbeschluss).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umfeldplanung des Haltepunktes unter Vorbehalt der Rechtskraft des Haushaltsplans 2023 ff. und unter Verwendung der darin vorgesehenen Planungsmittel in Höhe von 350.000 € weiter zu führen und zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

16. Anfragen

16.2. Bauliche Gestaltung von Velorouten und neu geplanten Radwegen im Hinblick auf Winterdienst für den Radverkehr **23-21108**

16.2.1. Bauliche Gestaltung von Velorouten und neu geplanten Radwegen im Hinblick auf Winterdienst für den Radverkehr **23-21108-01**

Ratsfrau Kluth bittet ergänzend um Information, wie oft die Verkehrswege für Kraftfahrzeuge in den vergangenen fünf Jahren mit Streusalz behandelt wurden.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Beantwortung als Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz:

Winterdiensteinsätze Alba

Saison / Jahr	Einsätze pro Jahr
90er Jahre	25-150 pro Jahr
2017/18	19
2018/19	6
2019/20	6
2020/21	26
2021/22	6
2022/23	11

Aktuell werden ca. 5-10g Salz pro m² Straße eingesetzt. Zulässig ist eine Maximalmenge von ca. 40g/m².

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21108-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 19:48 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -